◆ Europawahlen stehen vor der Tür. | Die Delegierten der IG Metall Detmold indes haben schon gewählt. Seite 2

◆ Marcel Gerdt ist der neue Betriebsratsvorsitzende bei Oskar Lehmann. Im Interview auf Seite 4

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.62 | Frühjahr 2024

Gemeinsam gegen rechts

Auch im Kreis Lippe haben in den vergangenen Wochen viele Menschen gezeigt, dass sie mit dem Abdriften der Gesellschaft nach rechts nicht einverstanden sind. Gemeinsinn und Solidarität gegen Ausgrenzung – das ist auch für die Betriebe enorm wichtig.

Tolle Aktion der Betriebsräte von Gilbarco in Salzkotten im Kreis Paderborn: Sie setzen ein klares Zeichen gegen Rassismus.

Die Rechte wird stärker in Deutschland. Rechte Listen wie »Zentrum Automobil«, die bei Daimler an den Betriebsratswahlen teilnimmt, sind zwar noch die Ausnahme. Aber: In den vergangenen Jahren hat sich viel getan – und das nicht zum Guten. Mitglieder der DGB-Gewerkschaften wählen im Schnitt ungefähr so wie die anderen, rund ein Fünftel machen ihr Kreuz bei der AfD. Für Betriebsräte gibt da viel zu tun, wollen sie rechten Tendenzen in ihren Betrieben vorbeugen und entgegentreten.

Deutschland sei voll, wo sollen die Geflüchteten unterkommen. Sie kommen, weil sie es hier Geld gibt. Eine Bezahlkarte soll nun dafür sorgen, dass weniger kommen und uns das Geld wegnehmen. Sowas ist nicht neu. Es sind nicht mal Argumente. Sie sind durch nichts untermauert. »Das sind reine Hassparolen, menschenverachtend und dumm«, sagt Nikolaus Böttcher von der IG Metall Detmold. »Das schlimme ist: Solche Parolen verfangen trotzdem«.

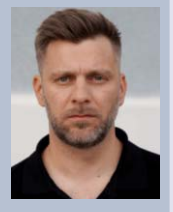
Irgendwas bleibt immer hängen, denken sich die rechten Populisten – und offenbar ist das auch so. Ist, wer denkt, Deutschland müsse die illegale Zuwanderung begrenzen, gleich ein Nazi? Ist es rechts, die Dringlichkeit von Maßnahmen gegen den Klimawandel zu leugnen oder die Existenz einer Corona-Pandemie in Zweifel zu ziehen?

»Mit organisierten Rechtsextremen diskutiere ich nicht. Mit den Nichtorganisierten oder Enttäuschten schon. Da stecken Sorgen und Nöte, Angst vor Veränderungen oder Kritik an der aktuellen Politik dahinter. Diese Kritik müssen wir ernst nehmen und oftmals lässt sich in Gesprächen durch gute Argumente ein Anstoß geben, sagt Danial Bamdadi, vom IG Metall-nahen ›Verein zur Wahrung der Demokratie‹ (VBD). »Wir müssen auch die Lügen von AfD & Co enttarnen: denn auch wenn sie oftmals so tun, als wären sie die Vertreter der kleinen Leute, sind es am Ende die Arbeiterinnen und Arbeiter, die unter der neoliberalen Politik der AfD leiden«.

Menschenverachtung und Rassismus machen vor den Werkstoren nicht Halt. Es gibt Sprüche, die unreflektiert dahergesagt werden, aber trotzdem verletzen. Es gibt kulturelle Gruppenzugehörigkeiten, festgelegt nach Herkunftsland und familiären Wurzeln. Und es gibt offene Konflikte, Mobbing und körperliche Gewalt. »Das ist nicht der Alltag. Schließlich arbeiten die Menschen in einem Betrieb zusammen. Und es gibt immer Solidarität zwischen den Kolleginnen und Kollegen, unabhängig davon, ob jemand einer bestimmten Gruppe zugeschrieben wird oder nicht«, ergänzt Danial Bamdadi. Solidarität ist ein zentraler Wert der IG Metall. Es geht darum, sich gegenseitig zu unterstützen, sich zusammenzuschließen, um etwas zu bewegen, um Arbeitsplätze zu halten. Es geht um gemeinsames Gestalten. Ein Betrieb in seiner Vielfältigkeit der Beschäftigten ist wie eine Gesellschaft im Kleinen. »Solidarität schließt das Treten nach unten aus. Sündenböcke zu suchen, hat noch keinen Arbeitsplatz gerettet«, sagt Nikolaus Böttcher.

Die Betriebsräte der IG Metall in der lippischen Kunststoffindustrie sind sensibilisiert. Sie diskutieren in ihren Gremien, um eine gemeinsame Haltung zu finden und diese dann auch offensiv zu leben. Dazu gehört unter anderem, Beschäftigte, die durch rechte Sprüche auffallen, anzusprechen.

vorwort



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Ausblick ist ungewiss: die lippische Kunststoffindustrie muss sich mit einem verhaltenen Auftragseingang herumschlagen, die Wirtschaft in Deutschland wächst in diesem Jahr wohl nur minimal. Die Wirtschaft in Deutschland werde abgehängt, sie sei sogar sterbenskrank, heißt es. Die Arbeitgeberverbände wissen, wie es wieder aufwärts gehen kann: Noch weniger Steuern für die Unternehmen, weniger Sozialbeiträge, weniger Bürokratie, ein höheres Renteneintrittsalter und so weiter. So weit alles bekannt und wahrlich nicht neu.

Doch stimmt das Krisengejammere überhaupt? Wer auf einzelne Betriebe und Branchen schaut, besonders auf mittelständische, die zuliefern, muss sagen: ja, einigen geht es nicht gut im Moment. Wer aber den Blick aufweitet, sieht: Deutschland ist Exporteuropameister, der Exportüberschluss hat sich 2023 auf 210 Milliarden Euro verdoppelt. Große Unternehmen machen Rekordgewinne.

In Deutschland müssen Steuern gezahlt werden. Unternehmen sind aber findig, schreiben und senken ab und kommen so auf einen Steuersatz von unter 20 Prozent, dass ist im europäischen Vergleich nichts besonderes.

Was eher erneuert werden muss, sind die marode Infrastruktur und der unzureichende Sozialstaat. Die Schuldenbremse hilft da überhaupt nicht. Vielmehr braucht es mehr öffentliche Investitionen, in Straßen, Radwege, Schulen, Krankenhäuser und vieles mehr. Öffentliche Investitionen bedeuten, dass es den Menschen besser geht und auch den Unternehmen, weil sie die Auftragnehmer der Investitionen sind.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Lieferketten ohne Ketten bedeutet Kinderarbeit und kaputte Umwelt

Schwach, schwächer, aber doch noch: Am Ende fand das Lieferkettengesetz der Europäischen Union doch noch eine Mehrheit unter den Mitgliedsstaaten, allerdings ohne die Zustimmung der bundesdeutschen Regierung. Was ein Armutszeugnis ist. Die Bundesregierung will angeblich wertegeleitet sein, pumpt, wie gerade zu lesen, über 7 Milliarden in eine Diktatur namens Ägypten um Menschen daran zu hindern, flüchten zu können und so weiter. Beim Lieferkettengesetz aber hat die deutsche Regierung sich auf europäischer Ebene wiederholt enthalten – was wie ein Nein wirkte.

Nun kommt das Gesetz doch noch, stark abgeschwächt, die Zahl der Betriebe eingegrenzt. Nur Betriebe mit über 1.000 Beschäftigten und mindestens 450 Millionen Umsatz, und das auch noch bei einer Übergangsfrist von 5 Jahren, die lippische Kunststoffindustrie ist da raus.

Auch wenn das sogar manchen Betriebsrat freuen mag, weil der oder die jede Menge mehr Arbeit auf das Unternehmen zukommen sah – global gesehen ist ein starkes Lieferkettengesetz unabdingbar. Die beiden pakistanischen Gewerkschafter Zehra Khan und Nasir Mansoor bringen es auf den Punkt: »Wer das Lieferkettengesetz ablehnt, ist für Sklavenarbeit«.

Noch im Dezember 2023 signalisierte die Bundesregierung Zustimmung – irgendwann danach scheint auch die FDP gefunden zu haben, den Entwurf, in dessen Formulierung sie über das Justizministerium sehr wohl eingebunden war, mal genauer zu lesen. Und siehe da: auf einmal sah die FDP in dem Gesetz einen »Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft«. Was ziemlich gaga ist, weil ein europäisches Lieferkettengesetz gleiches Recht für alle EU-Staaten bedeutet, was prinzipiell den Wettbewerb auf ähnliche Bedingungen stellt, zumindest bei diesem Thema.

Ein europäisches Lieferkettengesetz macht bei aller inhaltlichen Schwäche sehr wohl den Anfang. Unternehmen, die gerne erzählen, sie bräuchten keine derartigen Gesetze und würden ihre Lieferketten lieber freiwillig überwachen, haben dies in der Vergangenheit nicht hinbekommen – oder nicht hinbekommen wollen. Siehe die Textilindustrie. Die hat sämliche freiwilligen Ziele gerissen.

Die FDP mahnt auch gerne Bürokratieabbau an. Um Bürokratie abzubauen, hat die FDP wahrlich viel Zeit gehabt, an zahlreichen Regierungen der vergangenen Jahrzehnte war sie schließlich beteiligt. Und zur Wahrheit gehört auch: Ohne Bürokratie wird es nicht gehen. Es kommt darauf an, wie sie ausgestaltet ist und ob der Nutzen immer klar ist.

Die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz dürften gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise nicht zur Belastung für die Unternehmen werden, sagt die FDP. Das Problem ist nur: Bei den Unternehmen ist irgendwie immer Krise, es findet sich immer ein Grund, warum es gerade nicht passt, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Übrigens fanden nicht alle deutschen Unternehmen die Blockadehaltung der FDP gut. Sie sehen ihre Verantwortung durchaus und sehen auch wirtschaftlich die Notwendigkeit, mehr faire Produkte anzubieten, weil sie global von einer steigenden Nachfrage danach ausgehen. Und sie sehen, wie zum Beispiel »Aldi Süd«, darin ein »level playing field«, also gleiche Bedingungen für alle Wettbewerber, was sie begrüßen.

kurz berichtet

Ergebnis bei Holz & Kunststoff

Tarifergebnis in der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie in Westfalen-Lippe: Am 7. Februar 2023 einigten sich Arbeitgeberverband und IG Metall auf 5 Prozent mehr Geld ab Oktober 2024 und weitere 3 Prozent ab Juni 2025 bei einer Laufzeit von zwei Jahren. Hinzu kommen zwei steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämien zum März 2024 und zum September 2024, jeweils in der Höhe von 1.150 Euro. Die Beschäftigten mussten hart für dieses Ergebnis kämpfen. Es brauchte vier Verhandlungsrunden und zwei Warnstreikwellen, an denen sich in Westfalen-Lippe rund 3.200 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. In dem Tarifgebiet sind vor allem holzverarbeitende Betriebe organisiert, so die Beschäftigten der Küchenmöbelindustrie im Kreis Herford und Hersteller von Möbeln und Türen im Kreis Gütersloh.

Koalitionsfreiheit im Grundgesetz

Monatelang zieht sich der Arbeitskampf bei der Bahn, dann streiken auch noch die Luftsicherheitskräfte. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer, insbesondere ihr Verhandlungsführer Claus Weselsky, werden dabei von den allermeisten Medien zu den Buhmännern der Nation erklärt – sie sollen sich gefälligst mäßigen. Dabei sind die Streiks von den GDL-Mitgliedern mit nahezu 100 Prozent Zustimmung beschlossen und die Forderung nach einer stufenweisen Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden für Schichtarbeiter bei den Lokführern vollkommen legitim. Die CDU/CSU legt trotzdem nach und will das Streikrecht im Bereich »kritischer Infrastruktur«, zu der sie auch den Bahn- und Luftverkehr zählt, einschränken.
»Auch wenn die GDL nicht zum DGB gehört: Angriffe auf das Grundgesetz, besonders Artikel 9, Absatz 3, der die Koalitionsfreiheit und das Recht zum Streik regelt, werden wir nicht hinnehmen«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Mehr arbeiten ist nicht

Zum medialen Geklingel gegen die GDL und beim Luftpersonal auch gegen ver.di passt, dass sich Robert Habeck zu Wort gemeldet hat. Der Bundeswirtschaftsminister wünscht sich, dass wieder mehr in die Hände gespuckt wird. Im Moment werde »ein bisschen zu viel für immer weniger Arbeit« gestreikt, wird er zitiert. Dies können »wir uns in der Tat im Moment nicht leisten«. Das Volumen der Arbeitsstunden reiche nicht aus. Deswegen brauche es längeres statt kürzeres Arbeiten. Das sieht die IG Metall entschieden anders.

Europawahlen vor der Tür

Brüssel scheint immer noch weit weg, das Europäische Parlament ohne wirkliche Macht, zu entscheiden. Das ist aber kein Grund, nicht zur Wahl zu gehen.

»Mehr Lohn, Freizeit, Sicherheit«: die drei zentralen Tarifthemen stehen im Mittelpunkt der diesjährigen 1. Mai-Veranstaltungen des DGB. In Detmold startet der 1. Mai um 11 Uhr auf dem Kronenplatz. Von dort geht es als Demonstration zum Marktplatz, wo ab 12 Uhr die traditionelle Mai-Kundgebung der DGB-Gewerkschaften stattfinden wird. Die Wahlen zum Europa-Parlament werden dort auch Thema sein.

Die Europäische Union bekommt am Ende doch noch ein Lieferkettengesetz. Die FDP war weiter dagegen. Doch eine nochmals erheblich abgeschwächte Version fand die Zustimmung anderer Staaten in der EU. Das Thema Lieferkettengesetz macht deutlich, wo ein Problem der europäischen Demokratie liegt: Wenn es ernst wird, entscheiden die Regierungen der Mitgliedsstaaten. So hatte sich die Mehrheit des Europäischen Parlaments zwar 2023 auf ein Lieferkettengesetz geeinigt, der Text wurde aber anschließend immer weiter aufgeweicht. Die Vorsitzende des Binnenmarktausschusses im EU-Parlament, Anna Cavazzini, kritisierte dann auch Mitte März nach der Abstimmung der EU-Staaten: »Deals zwischen Regierungen und immer weitere Abschwächungen eines ausgehandelten Texts haben das etablierte Gesetzgebungsverfahren missachtet und das Europaparlament düpiert.«

Europaparlament muss stärker werden

Dabei hatte sich die EU in den vergangenen Jahren durchaus bemüht, die Rechte des Parlaments zu stärken. Allerdings, ist das der Haken, wollen die Regierungen der Mitgliedsstaaten möglichst die Kontrolle behalten. Die zentralen Aufgabe des Europaparlaments ist die Gesetzgebung, allerdings kommt dabei oftmals der Europäische Rat ins Spiel, siehe Lieferkettengesetz. Weiterhin zentral ist die Kontrolle aller EU-Organe, die Wahl des Kommisionspräsidenten und auch die Genehmigung des EU-Haushaltes.

Aktuell fehlt es an Absichten und Konzepten, das Europäische Parlament weiter zu stärken. Dennoch macht es Sinn, die einzige demokratische Institution der Europäischen Union, die immerhin in vielen Bereichen erheblichen Einfluss hat, zu wählen. Die schlechte Alternative wäre, ohne Europaabgeordnete den Nationalen Regierungen und auch den Lobbyverbänden das Feld zu überlassen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), in dem die IG Metall organisiert ist, hat Forderungen zur Europawahl, die am 9. Juni 2024 stattfindet, aufgestellt. Sie zielen darauf, gerade in Zeiten von Krisen die Beschäftigten abzusichern. »Arbeitnehmer*innen sind das Fundament der europäischen Wirtschaft und ihre Fähigkeiten der größte Vorteil im weltweiten ökonomischen Wettbewerb. Darum fordern wir eine aktive Transformationspolitik, die mit resilienten Wertschöpfungsketten strategische Handlungsfähigkeit erlangt sowie Gute Arbeit und nachhaltigen Wohlstand sichert. Wir fordern eine europäische Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges Wachstum gewährleistet und wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht«, schreibt der DGB in seinem Forderungspapier. Die Europäische Union müsse krisenfest werden, damit sie ihre Bürger*innen vor Arbeitslosigkeit und Armut besser schützt und ihnen Perspektiven bietet.

Forderungen des DGB zur Europawahl

- Durch die aktive Gestaltung der Transformation Gute Arbeit und nachhaltigen Wohlstand sichern.
- Durch nachhaltige Wertschöpfungsketten eine resiliente Produktion gewährleisten.
- Durch eine solide regionale Strukturpolitik notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglichen.
- Durch robuste Sozialsysteme, hohe Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen Beschäftigte absichern.
- Durch faire Arbeitsbedingungen grenzüberschreitende Beschäftigte schützen.
- Durch starke Mitbestimmungsrechte Beschäftigte europaweit einbinden.
- Durch ein soziales europäisches Regelwerk die Rechte von Beschäftigten stärken.

Agentur muss bleiben

Die Bundesagentur für Arbeit will ihre Agenturen in Lippe und Paderborn zusammenlegen. Als Körperschaft öffentlichen Rechts kann sie das. Allerdings muss sie dann auch damit umgehen, dass es Protest gibt. So hat der Kreistag des Kreises Lippe im Dezember gefordert, eine »eigenständige Arbeitsagentur Lippe soll erhalten bleiben«. Die »Degradierung der Arbeitsagentur in Lippe zu einer Nebenstelle der Agentur in Paderborn bedeutet eine massive Schwächung des lippischen Erfolgsmodells«, heißt es weiter in der Resolution des Kreises. Auch die IG Metall Detmold fordert, eine eigenständige Agentur für Arbeit in Lippe zu erhalten. »Lippe ist ein wichtiger Industriestandort mit zahlreichen guten Jobs und Ausbildungsmöglichkeiten. Da sind Kooperationen mit der Agentur für Arbeit wichtig. Diese funktionieren aber nur, wenn dafür auch eine Agentur vor Ort ist«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Tarifkommission Lippische Kunststoffindustrie neu gewählt

Im Rahmen der konstituierenden Delegiertenversammlung am 5. März wurde auch die Tarifkommission für die Lippische Kunststoffindustrie neu gewählt. Deren Mitglieder, sowohl Hauptamtliche der IG Metall als auch Mitglieder aus den Betrieben, für die kommenden vier Jahre sind nun: Halil Annac, Senay Atasayar, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Ivan Cetin, Marcel Gerdt, Sven Hollensteiner, Christian Iwanowski, Rene Jahns, Esin Kocaaga, Jutta Kopischke, Friederike Maienhöfer, Carsten Sprick.

Neu gewählt bei der IG Metall Detmold

Die IG Metall Detmold hielt am 5. März 2024 ihre konstituierende Delegiertenversammlung im Hangar 21 in Detmold ab. Dabei wurden Weichen für die kommenden vier Jahre gestellt. So wählten die 84 Delegierten, die vorab von den Mitgliedern gewählt wurden, die Geschäftsführung, den Ortsvorstand und auch die Tarifkommissionen neu.

Daniel Salewski, der bisherige Erste Bevollmächtigte und Kassierer, wurde in seinem Amt bestätigt. Seine engagierte Arbeit und sein Einsatz für die Interessen der Beschäftigten haben die Delegierten überzeugt. Er betonte in seiner Dankesrede die Bedeutung der Solidarität innerhalb der Gewerkschaft und die Notwendigkeit, für faire Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Der Zweite Bevollmächtigte wurde ebenfalls wiedergewählt. Es ist Jürgen Hartmann, der sein Amt ehrenamtlich ausüben wird. Er ist Betriebsratsvorsitzender bei Müller Umwelttechnik und sich seit vielen Jahren für die Belange der IG Metall ein.

Für das Amt des Ortsvorstandes verabschiedete die Versammlung die Kolleg*innen Annette Alabas, Thomas Bergmann und Bernd Osterhage, die nicht erneut für das Amt antraten und bedankte sich für die lange und gute gemeinsame Zusammenarbeit der letzten Jahre. Gewählte Beisitzer im Ortsvorstand sind nun: Christoph Ahrens (Phoenix Contact), Ulf Albrecht (Schwering & Hasse), Andreas Althoff (Gebr. Brasseler), Martin Brummermann (Coko), Lars Buller (Autohaus Stegelmann), Witali Eichhorn (Homag Kantentechnik), Marcel Gerdt (Oskar Lehmann), Maik Grenner (KEB Automation), Tamer Kara (Lenze Operations), Claudia Koch (Zumtobel Lighting), Johann Mallon (Isringhausen), Susanne Sadler (Dorma-Glas), Richard Soethe (B+T Horn Energie). Der Ortsvorstand leitet mit den Bevollmächtigten die Geschäfte der IG Metall Detmold.

Viele Wolken, aber nicht nur

Bei Essmann ist die Lage nachwievor akzeptabel, bei Ninkaplast auch. In anderen Betrieben gibt es Probleme. Die Aussichten für 2024 bleiben insgesamt ungewiss.

Bei **Friedrichs & Rath** im Extertal ist die Auftragslage gut. Gearbeitet wird von montags bis freitags, Überstunden fallen keine an. Der Betriebsrat berichtet von Neueinstellungen, aktuell arbeiten rund 210 Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, Leiharbeitnehmer sind keine vor Ort. Zwei junge Menschen machen gerade ihre Ausbildung. Wie in anderen Unternehmen der lippischen Kunststoffindustrie auch, sucht Friedrichs & Rath Fachkräfte. Das Unternehmen habe bereits viel in Werbung investiert, unterm Strich gebe es aber nur wenige Bewerbungen, sagt Jutta Kopischke, die Betriebsratsvorsitzende. »Wir suchen weiterhin, zum Beispiel Verfahrensmechaniker, Mechatroniker und Messtechniker«. Die aktuellen Stellenangebote finden sich auf der Homepage www.frira.com/stellensuche.

Der Betriebsrat verhandelt mit der Geschäftsführung eine Betriebsvereinbarung zum Thema Arbeitszeit/ Gleitzeit. »Die aktuellen Betriebsvereinbarungen dazu sind veraltet und teilweise unklar. Wir versuchen gemeinsam mit der Geschäftsleitung Struktur hineinzubekommen und dafür zu sorgen, dass es eine klare Linie gibt«, sagt Jutta Kopischke.

Die im Tarifabschluss festgeschriebene Inflationsausgleichsprämie hat Friedrichs & Rath bereits in Gänze mit der Februarabrechnung ausgezahlt, also 500 Euro steuer- und abgabenfrei.

»Wir sind 2023 durch stürmische und unruhige Zeiten gegangen. Nun sind wir wieder auf Kurs. Unser Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen, die immer alles gegeben haben und an den Geschäftsführer Jürgen Exner, der dafür gesorgt hat, dass wir wieder Fahrt aufnehmen konnten«, ergänzt die Betriebsratsvorsitzende.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage weiterhin zufriedenstellend. Gearbeitet wird von montags bis freitags, Überstunden fallen keine an.

Im vergangenen halben Jahr gab es 14 Neueinstellungen in verschiedenen Bereichen. Außerdem wurden 12 befristete Kollegen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen, berichtet der Betriebsrat. Zugleich sind Kollegen in ihren wohlverdienten Ruhestand gegangen – sechs weitere werden dies in Kürze tun. Ein Kollege in Altersteilzeit geht zudem demnächst in die passive Phase. Die Zahl der Beschäftigten hat sich im Vergleich zum vergangenen Quartal leicht erhöht und liegt nun bei 312. Leiharbeitnehmer werden zur Zeit keine im Betrieb eingesetzt. 12 Auszubildende lernen bei Ninkaplast, vier von ihnen sind im ersten Lehrjahr. Außerdem hat im Sommer 2023 ein Verfahrensmechaniker seine Prüfung erfolgreich abgeschlossen und sich entschieden im Anschluss zu studieren. Ende Januar 2024 hat ei Mechatroniker erfolgreich seine Ausbildung beendet. Betriebsvereinbarungen werden aktuell keine verhandelt.

Ab der 15. Kalenderwoche wird eine zweite Ebene gebaut im Produktionsbereich der Konfektionierung. Die zweite Ebene soll in dem Bereich mehr Platz schaffen.

Der Betriebsrat von **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop berichtet weiter von einer schlechten Auftragslage. Diese hält jetzt schon seit einem Jahr an. Es gab immer wieder Monate mit Kurzarbeit, zuletzt im November. Für Dezember 2023 war die Kurzarbeit ausgesetzt. Nun haben Geschäftsführung und Betriebsrat für die kommenden Monate in 2024 erneut die Möglichkeit von Kurzarbeit vereinbart, auch wenn diese aktuell noch nicht konkret ist.

Die Zahl der Beschäftigten ist deutlich gesunken. Im vergangenen Quartal betrug sie noch 245, nun 208. 14 Beschäftigte wurden betriebsbedingt gekündigt, auslaufende Verträge befristeter Kolleginnen und Kollegen nicht mehr verlängert. »Bei den Kündigungen gab es keinen Interessenausgleich und Sozialplan. Der Arbeitgeber hat eine Sozialauswahl gemacht, an der wir nicht beteiligt waren«, sagt Marcel Gerdt, der neue Betriebsratsvorsitzende. »Wir sind den Weg der Kündigungen schweren Herzens mitgegangen, weil wir keine Alternative gesehen haben. Unser Betrieb muss wieder auf die Beine kommen. Da ist die Geschäftsführung in der Pflicht«, ergänzt er.

Aktuell wird kräftig umstrukturiert. Man will die Prozesse so gestalten, dass letztlich auch wieder Geld verdient wird.

20 Auszubildende lernen bei Oskar Lehmann. Seit dem 1. Januar 2024 ist ein neuer Auszubildender im Werkzeugbau dazugekommen; ab August 2024 plant das Unternehmen vier weitere Auszubildende im kaufmännischen Bereich.

Ende des Jahres ist der langjährige Betriebsratsvorsitzende Thomas Bergmann in den Ruhestand gegangen. Der Betriebsrat musste also einen neuen Vorsitzenden wählen. Vorsitzender ist nun Marcel Gerdt, seine Stellvertreterin Friederike Maienhöfer. Ins Gremium nachgerückt ist Mike Wartenberg.

Weiterhin noch nicht abgeschlossen sind bei Oskar Lehmann die Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zum Jobrad.

Bei **Coko** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage ausreichend. »Für den weiteren Jahresverlauf ist der Eingang eher zurückhaltend«, sagt Martin Brummermann, der Betriebsratsvorsitzende. Coko produziert beispielsweise auch Teile für Wärmepumpen. Nachdem 2023 ein Boomjahr war, sind die Pumpen aktuell eher Regalware. Um das eigene Geschäft weiter zu fokussieren, will Coko bis Ende 2024 die hauseigene Lackiererei schließen und die Aufträge fremdvergeben. »Niemand soll dafür entlassen werden. Die 20 Kollegen, die dort beschäftigt sind, sollen auf andere Arbeitsplätze wechseln«, sagt Martin Brummermann.

Aktuell arbeiten rund 520 Beschäftigte bei Coko – rund 40 weniger als im vergangenen Quartal. Es gab eine Reihe von Eigenkündigungen und Rentenübergang, Stellen werden aktuell nicht nachbesetzt. 13 junge Menschen werden ausgebildet. Leiharbeitnehmer sind aktuell keine im Betrieb.

Kurzarbeit gibt es keine bei Coko, gearbeitet wird von montags bis freitags, Mehrarbeit fällt in einigen Produktionsbereichen sowohl samstags vormittags wie auch sonntags abends an. »Der Hauptgrund dafür ist der weiter sehr hohe Krankenstand, akute Rückstände können dann nur durch zusätzliche Schichten aufgefangen werden«, ergänzt Martin Brummermann. Die Geschäftsführung bemüht sich aktuell, gegen die hohen Krankenstände vorzugehen. Sie hat rund 80 Kolleginnen und Kollegen identifiziert, die häufiger krank sind, und diese angeschrieben. Zudem fordert sie von diesen Beschäftigen nun eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vom ersten Tag an. »Das ist zulässig. Wir haben bei Coko seit vielen Jahren betrieblich vereinbart, dass eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem vierten Krankheitstag vorgelegt werden muss. Allerdings lässt die Betriebsvereinbarung es auch zu, dass der Arbeitgeber eine solche Krankschreibung in besonderen Fällen bereits ab dem ersten Tag verlangt«, ergänzt Martin Brummermann. Er bezweifelt allerdings, dass das irgendein positiven Effekt haben wird »Den Kolleginnen und Kollegen indirekt zu unterstellen, sie würden einfach mal blau machen, ist nicht gerade motivierend. Das Vorgehen der Geschäftsführung ist dann doch eher gefühllos, vor allem gegenüber denjenigen, die sich eng mit Coko verbunden fühlen und loyal sind, und eben nicht zielführend. Vielmehr sollte die Geschäftsführung darüber nachdenken, wie sich Arbeitsbedingungen weiter verbessern lassen«, sagt Martin Brummermann.

Veränderungen gibt es im Betriebsrat. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Marc Kohrs ist auf eigenen Wunsch zu Ende Februar aus dem Unternehmen ausgeschieden. In der Folge musste der Betriebsrat einen neuen Vorsitzenden wählen. Dieser ist nun Martin Brummermann, der bis 2022 bereits lange Jahre Betriebsratsvorsitzender war. Waldemar Kloos ist als neuer stellvertretender Betriebsratsvorsitzender gewählt. Nachgerückt ins Gremium ist Mike Schrage.

Bei **›Kingspan Light + Air GmbH‹** berichtet der Betriebsrat von einer gute Auftragslage. Dies hat die Geschäftsführung bei einer Betriebsversammlung verkündet. Die Zahl der Beschäftigten ist mit etwas über 320 am Standort Bad Salzuflen stabil. Neueinstellungen gibt es aber nur wenige, stattdessen sind einige Kolleginnen und Kollegen befristet eingestellt und auch wieder vereinzelt Leiharbeitnehmer im Betrieb. Da der Betriebsrat in den Monaten zuvor nicht zugestimmt hat, kommen diese jetzt über das Netzwerk Lippe, welches Equal Pay, also Gleiches Geld für Gleiche Arbeit, ab dem ersten Arbeitstag sicherstellt. Unter diesen Bedingungen hat auch der Betriebsrat dem Einsatz zugestimmt.

Offenbar ein Einsehen hatte die Geschäftsführung beim Thema Zeitaufnahmen. Diese sollte es in der Produktion geben, der Betriebsrat hatte sich aber dagegen ausgesprochen, weil auf Grund der Umstrukturierungen in den Hallen solche Aufnahmen aktuell keinen Sinn machen. Das sieht nach einigen Monaten Nachdenkzeit offenbar nun auch die Geschäftsführung so. Die Zeitaufnahmen sind abgeblasen, stattdessen liegt eine – noch nicht unterzeichnete – Betriebsvereinbarung auf dem Tisch, die die bisherigen Prämien im Durchschnitt der letzten Jahre einfriert. Währenddessen gehen die Umstellarbeiten im Betrieb weiter. »Durch den Umzug aus Detmold ist alles enger geworden, es ist nicht genug Platz da. Das passend zu stellen, ist eine echte Herausforderung, zumal die Arbeitsplatzsicherheit erreicht werden muss«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende.

Die von der Geschäftsführung angekündigte Abteilung Sonderbau hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Gleiches gilt für den Service-Center, in den nach Aufforderung Beschäftigte von Kingspan Light + Air gewechselt sind. Der Service-Center, der zur Kingspan Service GmbH gehört, hat bislang weder eine Tarifbindung noch einen Betriebsrat. Kingspan Light + Air wiederum hat 12 Beschäftigte von Kinspan STG erhalten. Deren Arbeitsplätze bleiben zwar in Lemgo, bezahlt werden sie aber künftig von Light + Air, weil die Produkte eher zum Portfolio von Light + Air passen.

Lange hat der Betriebsrat darauf gedrungen, nun ist endlich was passiert: Es gibt wieder mehr als eine Stempeluhr in der Produktion. Die anderen waren alle defekt, nun gibt es wieder acht Möglichkeiten, ein- und auszustempeln. Und lange hat der Betriebsrat auch daran gearbeitet, dass für die Beschäftigten wieder ein Privatkauf möglich ist. Das ist nun geschehen, es gibt eine Anlaufstelle, wo die Teile geordert werden können, zum Einkaufspreis zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr.

recht praktisch

Mitbestimmung in der Leiharbeit

Leiharbeit war ist dazu gedacht, betriebliche Spitzen auszugleichen. Es gibt jedoch Betriebe, in denen die Geschäftsführungen und Personalabteilungen dauerhaft mit einer hohen Zahl Leiharbeitnehmer operieren. Dies ist zwar für das Unternehmen teurer – weil nicht nur die Leiharbeitnehmer, sondern auch die entsendenden Agenturen bezahlt werden müssen, bei den die Leiharbeitnehmer unter Vertrag stehen – dies wird aber in Kauf genommen, weil die Leiharbeitnehmer von heute auf morgen abbestellt werden können.

In der lippischen Kunststoffindustrie werden aktuell vergleichsweise wenige Leiharbeitnehmer eingesetzt, weil die Auftragslage eher zurückhaltend ist. Oder weil die Betriebsräte Betriebsvereinbarungen zum Thema Leiharbeit abgeschlossen haben, mit denen die Höchstzahl Leiharbeitnehmer geregelt wird, manchmal auch Regelungen zu einer Übernahme enthalten sind und zum Verleiher, es gibt da bessere wie das ›Netzwerk Lippe‹ und schlechtere.

Leiharbeit ist mitbestimmungspflichtig. Dies regelt der Artikel 99 des Betriebsverfassungsgesetzes. Ein Betriebsrat kann zustimmen oder ablehnen. Allerdings sind die Rechte in der Praxis eingeschränkt. Lehnt der Betriebsrat ab, kann der Arbeitgeber die Leiharbeitnehmer dennoch in den Betrieb holen, wenn er angibt, dass diese »vorläufig« einsetzt (Artikel 100 BetrVG). Dann ist die Zustimmung des Betriebsrats nicht nötig. Manchmal erwirken Arbeitgeber auch Zustimmungsersetzungen durch Arbeitsgerichte. Dagegen kann der Betriebsrat zwar vorgehen, es besteht grundsätzlich ein gerichtlicher Unterlassungsanspruch. Da die Dauer solcher Verfahren jedoch meist die Einsatzzeiten der Leiharbeitnehmer überschreiten, ist ein solcher Widerspruch eher zahnlos.

2020 hat das Bundesarbeitsgericht jedoch klargestellt, dass Einsatzzeiten von Leiharbeitnehmern mitbestimmungspflichtig sind. Damit muss der Betriebsrat auch den konkreten Einsatzzeiten zustimmen. Damit eröffnen sich neue Mitbestimmungswege bis hin zu einem Unterlassungsanspruch. Es wird also für einen Arbeitgeber schwieriger, über die Köpfe des Betriebsrats hinweg Leiharbeit in den Betrieb zu holen.

(BAG, Beschluss vom 28.7.2020, Az.: 1 ABR 45/18)

»Die Karre aus dem Dreck ziehen«

Marcel Gerdt ist der neue Betriebsratsvorsitzende bei Oskar Lehmann. Sein Start fällt in eine Zeit, in der es in dem Unternehmen kriselt.

Marcel Gerdt ist der neue Betriebsratsvorsitzende bei Oskar Lehmann. Die Delegiertenversammlung der IG Metall Detmold wählte den 50-Jährigen im März 2024 zudem in den Ortsvorstand.

Oskar Lehmann und Du, eine Geschichte, die schon länger geht...
Ja, 2002 habe ich dort angefangen, zunächst als befristet Beschäftigter und als Leiharbeitnehmer über das Netzwerk Lippe, seit 2005 dann mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag. Ich stelle mit Kolleginnen und Kollegen Material bereit, arbeite also in der Logistik.

Im Betriebsrat bist Du auch schon länger...
Wenn ich mich recht erinnere, seit 2010. Zunächst als Ersatzmitglied, dann als normales Mitglied. Seit 2022 bin ich auch als Betriebsratsmitglied im Personalausschuss, im vergangenen Jahr wurde ich der Stellvertreter von Thomas Bergmann.

Und nun bist Du der Betriebsratsvorsitzende.
Wir wussten ja schon länger, dass Thomas in den Ruhestand geht. Wir haben als Gremium überlegt, wie es weitergehen könnte. Wir sind ein neunköpfiges Gremium und die Wahl fiel auf mich. So bin ich dann im Januar diesen Jahres als Vorsitzender gewählt worden, meine Stellvertreterin ist Friederike Maienhöfer. Ich hätte mir sicherlich einen besseren Start gewünscht. Als wir vor gut einem Jahr überlegt hatten, wie wir weitermachen, war die Welt bei Oskar Lehmann noch in Ordnung. Inzwischen bekanntlich nicht mehr.

Welche Aufgaben kommen denn in der Krise auf euch zu?
Für strategische Fehlentscheidungen und für Verwerfungen am Markt sind wir als Betriebsrat nicht verantwortlich. Aber ist durchaus so, dass unsere Stimmen und unsere Einschätzungen bei der Geschäftsführung gefragt sind. Eine Aufgabe in der Krise ist es, mit der Geschäftsführung konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen.

Eine weitere ist es, die Kolleginnen und Kollegen so gut wie möglich zu informieren. Die Kollegen können schon unterscheiden, dass wir zwar manchmal schlechte Nachrichten überbringen, wir aber nicht die Verursacher sind. Da geht es schlicht darum, für Transparenz zu sorgen und auch Ängste abzubauen.

Und eine dritte ist, die Kolleginnen und Kollegen bestmöglich zu schützen und ihre Rechte zu wahren.

Nun droht erneut Kurzarbeit.
Ja, und wir wissen, was das für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet: Schlicht weniger Geld. Anders herum gesprochen heißt das, wir müssen ganz schnell wieder auf die Beine kommen.

Warum engagierst Du Dich?
Mitglied in der IG Metall bin ich schon seit fast 30 Jahren, also noch vor meiner Zeit bei Oskar Lehmann. Mit war es immer wichtig, meine Interessen gut vertreten zu sehen. Mit der Zeit zeigte sich, dass ich auch selber gut die Interessen anderer vertreten kann. Das fing damit dann, dass mich ein Arbeitskollege fragt, ob ich nicht für den Betriebsrat kandidieren will. Damals war ich stolz darauf, dass mich jemand ansprach. Es war für mich eine Bestätigung dessen, dass ich gut zuhören konnte und nach Lösungen suchte. Die Kollegen sahen also damals in mir jemand, an den man sich wenden konnte.

Jetzt bist Du auch im Ortsvorstand der IG Metall Detmold.
Da bekomme ich noch mal mehr Dinge mit, das finde ich interessant. Die IG Metall ist eine große Organisation, die sich einmischt, sowohl tarifpolitisch als auch gesellschaftspolitisch.

Kannst Du ein betriebliches Engagement und dein Privatleben trennen?
Das geht. Ich habe glücklicherweise keine schlaflosen Nächte. Das ist auch gut so, nur ausgeruht kann ich die Baustellen im Betrieb angehen. Ich wohne ich Alt-Donop, einem kleinen Vorort von Donop, was wiederum zwischen Lemgo und Blomberg liegt. Mein Weg zur Arbeit ist entsprechend kurz. Ich wohne mit meiner Frau und meinen beiden Kindern in einem großzügigen Haus, wo wir alle Platz finden.

Gibt es noch ein Leben neben Deinem Berufsleben?
Meine Aufgaben als Vater werden kleiner. Meine beiden Töchter wohnen zwar noch im Haus, aber die eine hat ihre Ausbildung abgeschlossen und die andere befindet sich gerade in Ausbildung. Ich habe also mehr Zeit, auf mich zu schauen. Früher bin ich gerne Fahrrad gefahren, das hat in den vergangenen Jahren gelitten und vielleicht nehme ich das wieder auf. Gleiches gilt für das Bowling. Das habe ich früher gerne gemacht – und vielleicht werfe ich demnächst mal wieder ein paar Kugeln.

Vorsicht Cartoon!

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerdt, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: DGB/ IG Metall, S.4 Cartoon Harm Bengen

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!
Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG Auch möglich unter **www.igmetall.de/beitreten** Eintrittsdatum T T M M J J J J

Name **Vorname** **Geburtsdatum** T T M M J J J J **Geschlecht** weiblich männlich **Mobiltel.** dienstlich privat **Telefon** dienstlich privat
Straße **Hausnr.** **Land** **PLZ** **Wohnort** **E-Mail** dienstlich privat **Staatsangehörigkeit**

Ich bin Vollzeit beschäftigt Teilzeit beschäftigt in Altersteilzeit Arbeitsphase in Altersteilzeit Freistellungsphase Solo-Selbstständig
Betrieb / Einsatzbetrieb PLZ Ort Personal- /Stammnummer Kostenstelle
Leihbeschäftigte*r mit Werkvertrag befristet von: bis: Verleihbetrieb:
Ich bin derzeit Auszubildende*r Dual Studierende*r Student*in Schüler*in Ferienbeschäftigte*r von: bis: wenn Student*in, Hochschule:

IBAN
durchschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1 % Mitgliedsbeitrag = **Mitgliedsbeitrag**
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 % vom durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen. Studierende und Schüler*innen ohne Beschäftigung zahlen 2,05 Euro. Anspruch auf Leistungen besteht nur bei satzungsgemäßem Beitrag.

Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **www.igmetall.de/datenschutz**.

SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Migliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Stand Mai 2022

X Ort/Datum/Unterschrift